

**Anlage 3 zur Niederschrift über die Sitzung des
Ausschusses für Soziales am 05.09.2017, TOP
10.3**

**2 - Wirtschaft und Soziales
500 - Soziale Sicherung**

Zeichen: Ke

Lübeck, den 29.08.2017
Auskunft: Herr Ulrich Kewitz
Tel.: 5615; Fax: 5614+4553
e-mail: ulrich.kewitz@luebeck.de

Vfg.

**Beantwortung der Anfrage von AM Nil Gersdorf: Erreichbarkeit der Dia-
konie, TOP 10.3**

Die Gemeindediakonie Lübeck e.V. betreut im Auftrag der Hansestadt Lübeck zur Zeit ca. 1850 Geflüchtete in 46 Unterkünften unterschiedlicher Größe und Ausstattung sowie ca. 1000 geflüchtete Menschen in eigenen Wohnungen oder Probewohnungen. Insgesamt werden für diese Aufgabe Mitarbeiter auf ca. 80 Vollzeitplanstellen eingesetzt.

Die in den Wohnanlagen befindlichen Betreuerbüros haben feste Öffnungszeiten, die den Bewohnern bekannt sind. Die Öffnungszeiten richten sich nach Art und Größe der Einrichtung und der Anzahl der MitarbeiterInnen. Alle Geflüchteten verfügen für Notfälle auch über die Handynummern der zuständigen MitarbeiterInnen. Die grundsätzliche Dienstzeit des Betreuungspersonals ist Montag bis Freitag von 7:00 Uhr bis 16:00 Uhr. Außerhalb der Dienstzeiten sowie am Wochenende und feiertags (24h) ist eine Rufbereitschaft eingesetzt. Die Telefonnummer der Rufbereitschaft ist der Polizei, Feuerwehr und dem Wachschutz bekannt. Die Bewohner der Wohnanlagen werden durch die Betreuer unterwiesen, wie in Notfällen Hilfe gerufen werden kann (Hilfe zur Selbsthilfe), insbesondere Polizei, Feuerwehr etc.. Die Rufbereitschaft wird dann ggf. durch Polizei, Feuerwehr oder Wachschutz bei Notfällen hinzu gezogen.

Grundsätzlich ist die Erreichbarkeit auch in Ferienzeiten sichergestellt.

Der Bereich Obdach und Asyl der Gemeindediakonie verfügt über ein zentrales Büro, das montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr besetzt ist. Außerhalb der Bürozeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet.

Die Öffnungszeiten in den Wohnanlagen werden nicht extern veröffentlicht, da hiermit auch die Standorte der Wohnheime veröffentlicht werden würden und sich die Gefahr von Anschlägen erhöhen würde (Präventions- und Schutzkonzept der GD; vorgestellt im Ausschuss für Soziales 12/2016)

Ulrich Kewitz